

6./IX. 05.

Forn Bundesrath Deucher.

Notiz

über den Stand der Vorarbeiten für die
Unterhandlungen mit Frankreich.

Der im Dept. eingesetzte Ausschuss
zur Prüfung der schweiz. Forderungen zum
franz. Tarif wurde von der Delegation (Hh.
Minister Lardy, R. Räte Künzli, Frey, Martin,
D. Laro) unter Präsidentschaft eines Beamten des
Depts. (Thomann) in den Sitzungen vom 23. u.
31. Aug. u. 1. Sept. einberufen.

Die 1. Sitzung eröffnete Hr. Bundesrath
Müller, er skizzierte die Situation nach
seinem Rapporte (s. Beilage), dass für die
Forn Bundespräsidium eingeschickt worden
sind.

In der vorangehenden allg. Diskussion
berichtet Hr. Frey, über die Parifforderungen seien
sich gesamt, aber die für uns stichhaltigen Gründe
mühsig. Haben wir mit D. u. J. auf so gemacht
u. mit Erfolg. Dabrigens ist uns F. von 1892
und 1895 für viel freier schuldig. Wir sind
damals zu wenig gekommen. Wirkung insf.
von dem Tarif auf franz. Export gar nicht so
schlimm (s. Beilage). Unser wichtigster ist die
Stärke der Debeten. Wir müssen bestrebt
sein, einen Vertrag mit langer Dauer (bis
Ende 1917) zu erreichen, dieser wird dann
Vorläufer anderen Verträgen F.'s sein, u. so
bringen wir F. willigst wieder ins Niveau,
sich Vertragskonzept finden, dass er seit 1892
von ihm u. nicht mehr weg einflussig.

Frey bittet Lardy, Anhaltswort anzustellen.

Lardy: Franz. Reg. würde lieber nicht zu
untersuchen, Antrag Morel fallen zu lassen und
abkommen von 1895 beigehalten, aber für



in der Welt unter dem Druck des Parlaments. Die
 Reichsgesetzgebung ist mehr politischer als wirtschaftlicher
 Natur. Wallmüller, letziges Parlament für
 Abschluss eines Vertrages sehr ungünstig; Antwort
 protektionistisch, sein vorschläge für Einfuhrbeschrän-
 kungen (z. B. Vieh) in bezügl. Projekte beschränkt.
 Regierung fast in Lagunen gut im Sinne; Rouvier
 (Ministerpräsident) in Aubert (Handelsminister) sind
 aber freisinniger. Rouvier ist aber rechtlich von
 Macquart (als gegen sein. neuen Vertrag). Dieser
 Vertrag ist überlassen; wenn wir etwas vorziehen wollen,
 müssen wir uns auf spezielle spez. Artikel
 beschränken, damit die Kommission nicht anderen
 Ländern (vorab D) mehr als uns helfen möchte,
 sonst kommen wir in die gleiche Lage wie 1892
 (Kammer vorerst davon, wenn die Regierung
 auf einen Vertrag mit uns eingehen). Im übrigen
 müssen wir F. die schädigende Wirkung seines
 Minimaltarifs auf uns. Anträge (Glarner-Artikel,
 Hirschen, Bivalven, Thoren etc.) vor Augen
 fassen.

Lardy will einen Reparaturvertrag auf Basis des
 vorerwähnten Abkommens von 1892 anstreben.

Laird: Auf Anträge nach F. ist insgesamt
 mit $6\frac{1}{2}\%$ Zoll belastet, Einfuhr aus F. nur mit
 $2,8\%$, von mit 4% . Landwirtsch.: Einfuhr
 mit $3\frac{1}{2}\%$, von 7% , Anträge mit 12% .

Freig: Gesamtsinnlich, dass Änderungen der Reg.
 in Paris der Ansicht der in der Kammer am
 7 Juli vorgestellten Vorschläge sind, glaubt aber
 doch, dass F. auf 1906 etwas glauben ihm in.
 Seine Handelspolitik mit dem neuen Markt vor
 Dingen glauben wir zu öffnen in Abkommensrichtung
 bringen zu sollen: dass die weitläufigen
 Untersuchungen in Parlament in Handelskam-
 mer über die Wirkung der neuen europ.
 Anträge in Handelsverträge. Wir müssen die
 Freig. Angelegenheiten in mit ihnen in Regierung

Stumpf auf Vorlage, St F wieder in die Besen der
 rüch. Hauptpolitik führungsziele, vorläufig
 u. dann Situation so gut als möglich anerkennen.
 Also Lissa vorläufig lang fallen, Maßnahmen
 in die Länge ziehen, bis zu dem Wunsche im
 Frühjahr 1906.

Wann immer möglich zuerst mit O.-St.
Unterfanden, dann auf Walling gegen F. Markov.

Künzli: Wunsche im Mai 1906 bringen ins
 kleine gemeinsame Komitee. Jetzt haben wir den
 Vorfall eines für eine große gute Ministerium.
 mit hinzugehen nicht zusammen. Dieser Lage
 auf das Notwendige beschränken. F. St der
 Markov April.

Martin: Unterdrückt von der langen Lissa, Set aber
 weiterhin in die Politik der Unterfanden. Im
 übrigen gleiche Ansicht von Künzli. Zollkommission,
 von der gute protestantische (ringförmig).

Lardy: Zollkommission muss ganz unter Leitung
 rüchiger wärmer, was die sagen, gilt! Dieser
 Bedingungen immer selbst besetzt, nur 33 mit,
 glücken nur 5-6! In der Zusammenkunft 10 an
 sind, davon 7 für Auflösung; Komitee Set
 aber abgelehnt (400 gegen 128).

Künzli: Wird Komitee im Oktober der Antrag
 Morel annehmen, wenn es sich nicht gelohnt, ein
 wenig abkürzen zu wollen?

Lardy: Ingericht. Wir müssen aber vor
 Unterfandlungen beginnen, damit Regierung
 einen Wunsche Set die Verküpfung Linien,
 zupfinden.

Was dieser der Vorlage betrifft, ist an
 eine selbst bis Ende 1917, wir frey sein, nicht
 zu denken. Wahrscheinlich wird die Regierung,
 von 1892, die zu vereinbarten Änderungen
 am Minimaltarif dem Parlament in Form

(Autumn, imitations)
 meine Geschäftsunterstützung vorlegen wollen (wie ich schon
 auf 1895), aber dann mit uns Kündigung,
 erst von 1 Jahr festsetzen, diese Part oder
 Wahrungsbil.

Frey will unbedingt an meine Vause bis
 zum 1917 festhalten.

Lardy brückt sich, im September können
 wir sprachlich unterhandeln, weil alles auf
 der Gage oder sonst abzuhandeln.

In der darauf folgenden Besprechung inf.
 fortwährender Verhandlung vor allem auf Antrag Lardy
 meine Wünsche vorzunehmen (Ziegen,
 Knitzeugnisse, Wollengarne, bedruckte D'wollstoffe
 in 7 u. mehr Farben, Baumwollbänder mit
 Drückung von Bild, ^{in wolle} bedruckte
 gewirte, Spitzenstoffe, Krawatten, Linnenstoffe,
 lichte Papier, Karten, Webmaschinen -
 zeppinn für die Spinnerei, Landwirte,
 Pfahl, Messer, einzelne Parkettboden,
 Hülsen, Kipfaberzeuge), wobei aber Frey
 nicht ganz einwilligt.

Lardy will alle Bedingungen Frey. Zülle
 vorgehen, weil wir das nur ein Abkommen
 auf jährliche Kündigung vofalten. Dort haben
 die Franzosen, was wir alles fordern, und
 wenn wir das das vorgehen müssen,
 wenn wir uns der Gefahr später antrug
 nur Kündigen an.

Frey: Mein, auf Bedingungen annehmen!
 Frankreich nur wieder mitlaufen in der
 neuen Zollpolitik. Auf der provisorischen
 Abkommen von 1895 hat 10 Jahre
 verläuft, warum also nicht auf einen
 langfristigen Vertrag? Bedingungen

Abkommen wir gleich im Anfang der
Untersuchungen laßt; später müssen
wir sie verkürzen. Die Länge haben
für F nicht vorgegeben. Wir wollen
je nach der ganzen Minimalzahl binden,
wie im Arrangement von 1892 (Art. 1),
wünschensfalls können wir eine Liste
aufstellen, wie in der 1892^{er} Konvention
mit Spanien.

Küngli u. Martin vor Aufsicht wie Larby,
als keine Bindungen, Laird wie Frey:
wenn wir in einem Konventionaltarif
binden, kann dann später nicht
mehr. Im Entwurf einer Liste können
wir etwa 20 Bindungen vor.

Frey: Wir werden dann noch mehr bei
Kürzen, als ich lieb ist; wenn F.
ich, da aber das Konventionaltarif notwendig,
müssen wir uns schließlich mit ein
binden lassen.

Hamann: Wir wollen vorerst, eine Liste
etwas zu entlassen, alle Interpretationen
Bestimmungen, wenn es eine Menge hat,
in die "Règles administratives" auf,
wofür wir in dem Abkommen von
1892 u. 1895. Diese "Règles" werden
dem Parlament nicht vorgelegt zu
werden, gelten aber als notwendige
Abmessungen so gut wie andere
Bestimmungen. Wir haben in dieser
Zusatz nicht zu befürchten: F.
hat in dem Abkommen von 1895
in dieser Form gemacht Zugeständ,
nicht gewöhnlich gefaltet. (Delegation
sinnvoll einverstanden).

Delegation nimmt sich verpflichtet auf folgende
Grundsätze:

- a. Langfristigen Vertrag vorzuziehen;
wenn nicht möglich, aber auf
Abkürzung auf jährliche Kündigung
anzusetzen. F. vorzuziehen, Zullen
für längere 12 Monate voraus anzusetzen.
Wir gewinnen dann de facto 2 Jahre,
wenn die Verhandlungen in F. (Kammer,
Kurs, Kommission) immer 1 Jahr
dauern.
- b. Dingen anzufragen.
- c. Unterhandlungen erst im Oktober be-
ginnen, damit die hies. u. franz. Dele-
gation der jetzt obliegenden Kammer
u. mit Vorwissen in die Konventionen
Kommen.

Larby gibt in der 2. Sitzung vom 31. Aug.,
in der B'bas, Ruchet vorkam (wegen
der Meinungsverschiedenheit mit dem betr. Modus
vivendi mit Ce. St.) folgende Äußerung
über die franz. Unterhändler:

Viger: alt Landm.-Minister, Senator von
Orleans, Präs. der Zulkommission des Senats,
agrarischer Schriftsteller.

Noël: Deputierter von Orse, Präs. der Zoll-
kommission der Kammer, immer gegen
betr. Zoll auf Weinwaren, u. als Vertreter
 seiner Jugend, wo Zölle in der Höhe zu hoch,
deshalb für Zölle vorzuziehen zur Befreiung
 der Zölle für zölloberfreie Waren (Korn,
Milch, Chocolate etc.).

Lanessan: Deputierter von Lyon, dafür für
 Lösung d. Weinsteuers, wenn auch unmaßig;
 Feind der Weine.

Augagneur: Deputierter von Lyon, Sozialist, im
 Gegensatz zu Barthelemy Weinsteuern.

Die übrigen sind bekannt über aus,
 gegenwärtig Landbesitzer, Meinung über
 Einflüsse; Vassilière ist ab Landwirt,
 Pfaffenmeister ein wichtiger Aufseher aller
 Dinge, was gegen die Einflüsse von
 Weinsteuern ist, dafür wird immer
 Vorschlag bzw. Ausführung der Weine,
 die - Prüfung von ihm bekannt
 werden.

Die Delegation wird am 15. Sept.
 morgens 10 Uhr wieder zusammen
 kommen.

Der vorerwähnte Entwurf des
 Entwurfs zum franz. Parli.
 wird bis morgen abend (7. Aug.)
 gedruckt sein u. wird sodann den
 Delegierten zugestellt.